



Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

102-1/21

Beschluss	
Nr. 71/21 A	vom 26.7.21
wird von StSt OB-Büro ausgefüllt	

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 9, Abteilung 9.3

Bearbeitet von:
Köllner, Martina
Perlet, Angela

Tel. Nr.:
82-2463

Datum:
16.06.2021

1. Betreff: Verstetigung Personalstellenanteile Mehrgenerationenhaus

2. Beratungsfolge:	Sitzungstermin	Öffentlichkeitsstatus
1. Ausschuss für Familie und Jugend	14.07.2021	öffentlich
2. Gemeinderat	26.07.2021	öffentlich

Beschlussantrag (Vorschlag der Verwaltung):

Der Ausschuss für Familie und Jugend empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss zu fassen:

Die bislang nur befristeten 0,5+0,4 Stellen für das Bundesprogramm „Mehrgenerationenhaus“ sollen zum Doppelhaushalt 2022/23 aus formalen Gründen als unbefristete Stellen angemeldet werden. Zusätzliche Kosten sind damit nicht verbunden – die Finanzierung wird wie bisher schon zu 80 % (40.000 EUR) über Zuschüsse und zu 20 % (10.000 EUR) über einen verpflichtenden Eigenanteil der Stadt abgedeckt, der bereits im Haushalt eingestellt ist.

Die aktuelle Förderperiode Bundesprogramm hat eine Laufzeit von 2021 bis 2028. Sollte im Anschluss keine weitere Förderung möglich sein, können beide Fachkräfte in anderen Bereichen eingesetzt werden.

Empfehlung des Gremiums:	Beschluss des Gremiums:
Ausschuss für Familie und Jugend	Gemeinderat
vom 14.07.2021	vom 26.07.2021
Ergebnis: ungeändert beschlossen	Ergebnis: ungeändert beschlossen
Abstimmungsergebnis: Ja 20 Nein 0 Enth. 0	Abstimmungsergebnis: Ja 34 Nein 0 Enth. 0